

Der „Bund Freier Jugend“ und seine Nazis

Ein Dossier von Karl Öllinger

Februar 2009

Preis für BFJ

Burschenschaft unterstützt Neonazis mit Geldpreis!

In den jüngsten Monaten wurden wir an vieles gewohnt: ein Burschschafter der rechtsextremen „Olympia“ als 3. Nationalratspräsident, seine Büromitarbeiter, die beim Neonazi-„Aufbruch“-Versand bestellt haben, Funktionäre des RFJ (Ring Freiheitlicher Jugend), die ebenfalls beim „Aufbruch“-Versand bestellt haben oder "zumindest" antisemitische oder rassistische Sprüche von sich gegeben haben. Allerdings: **die offene und unverhohlene Unterstützung einer rechtsextremen Organisation**, deren wesentliche Funktionäre wegen des Verdachts der Wiedererrichtung einer NS-Organisation vor Gericht standen (§ 3a Verbotsgesetz, in 1. Instanz freigesprochen), das hat es noch nicht gegeben!

Die Burschenschaft Libertas hat mit dem Zuspruch des von ihr ausgelobten Carl von Hohenegg-Preises an den Bund Freier Jugend (BFJ) für dessen „volkstreuere Aktivitäten“, die von der Bevölkerung „stark wahrgenommen“ worden seien, (http://libertas-wien.at/wir/carl_von_hohenegg-preis), neue Maßstäbe im rechtsextremen Milieu gesetzt!

Ob der Preis 2007 oder 2008 zugesprochen wurde, geht aus der Homepage der „Libertas“ nicht hervor. Seit 2003/2004 stand der BFJ unter dem Verdacht der NS- Wiederbetätigung. Seit 2007, als eine Veranstaltung des BFJ in St. Johann/Pongau durch die Exekutive aufgelöst und Anzeige wegen NS- Wiederbetätigung erstattet wurde, haben sich einschlägige Neonazi-Gruppen für die Aufhebung des Verbotsgesetzes und die Freilassung „politischer Gefangener“ ausgesprochen.

Der BFJ steht – unabhängig von der Frage, ob er, wie ihm die Anklage vorgeworfen hat, die Wiedererrichtung der NSDAP oder einer ihrer Teilorganisationen betrieben hat – am äussersten rechten Rand des politischen Spektrums. **Er ist eine neonazistische Gruppe, die sich selbst im Spektrum der „autonomen Nationalisten“ einordnet und beste Kontakte zu Neonazi-Gruppen in aller Welt pflegt.** Der BFJ war übrigens nicht als Verein angemeldet – der Geldpreis der „Libertas“ wird dennoch seine Adressaten erreicht haben! Der BFJ, der noch bis vor kurzem über die website www.b-f-j.de (sic!) erreichbar war, tritt nicht mehr als BFJ in Erscheinung, sondern ist über die Website <http://www.junge-aktion.com> erreichbar. Diese Seite ist verlinkt mit der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP), dem rechtsextremen Drehkreuz in Österreich (<http://www.afp-aktiv.info/>). Rechtsextreme bzw. neonazistische Aktivitäten sind im öö. Zentralraum nach wie vor präsent (zuletzt die Schmierereien im ehemaligen KZ Mauthausen). Eine Burschenschaft, die ganz offen einen Preis für derartige Aktivitäten zuspricht und noch dazu in einer Situation, wo die maßgeblichen Aktivisten dieser Organisationen wegen NS-Wiederbetätigung angeklagt waren – das ist ein starkes Stück! Wer aber sind die Mitglieder dieser Burschenschaft? Ein Nationalratsabgeordneter der FPÖ (Walter Rosenkranz), ein ehemaliger Landesrat der FPÖ OÖ (Hans Achatz), ein prügelnder Uni-Rat und ein langjähriger Obmann des Freiheitlichen Akademikerverbandes (Reimer Timmel), der ein bekennender Fan von Horst Mahler (deutscher Neonazi und glühender Antisemit) ist.

Karl Öllinger, Februar 2009

Neues von ganz rechts - November 2003

BfJ mit festen Schritten

Im holprigen Szene-Deutsch schreibt der rechtsextreme Bund freier Jugend (BfJ) in seinem aktuellen Jugend Echo (10/2003), dass die "Zeit für einen umfangreichen Befreiungsschlag für unser Volk und Europa [...] längst fällig [wäre], allerdings noch nicht reif". Schon jetzt lasse der Gedanke an die "Freiheitskriege" die freie Jugend "oft von bewaffneten Männern träumen, die im roten Schein des Sonnenaufganges, Nebel und nasse Wiesen durchstreifend, ihren Feinden entgegentreten um zum vernichtenden blutigen Schlag auszuholen". Wie die SA dabei "einst voran mit festen Schritten" ging, bringt der BfJ seinem Anhang mit einem Gedicht von Heinrich Anacker näher: "Wir gingen einst voran mit festen Schritten / Und schlugen zu und waren hart und rauh". (Ebenda) Anacker (1901-1971) trat 1922 der NSDAP und kurz darauf der SA bei. Für Letztere schmiedete der Einpeitscher zahlreiche Schlachtgesänge. 1936 erhielt Anacker den Kunstpreis der NSDAP, 1939 wurde das Mitglied des "Reichskultursenats" mit dem "Ehrenring der Mannschafts-Frontdichter" ausgezeichnet. Und 2003 werden die Ergüsse dieses "Dichters der Bewegung" vom BfJ verbreitet ...

Neues von ganz rechts - Mai 2004

BfJ weint dem "Dritten Reich" nach

Der Bund freier Jugend (BfJ) scheint die Rücksichtnahme auf das NS-Verbotsgesetz mehr und mehr abzulegen und betrauert im aktuellen Jugend Echo (5/2004) offen das "Ende des deutschen Reiches". Dieses hätte "die von langer Hand geplante Umerziehung und in weiterer Folge den 'american way of life'" ermöglicht. Mit dem Nationalsozialismus sei eine "passende[n] und völkisch-geprägte[n] Kultur" und die "gewachsene[n] Volksgemeinschaft" untergegangen. Heute stünden nicht mehr wie im NS-Staat "die Identität und die Wurzeln der Menschen [...] im Mittelpunkt, sondern der Profit". Im Unterschied zu damals, als das "Volk [...] sich den Staat als Ordner und Regler für die Angelegenheiten der Gemeinschaft" schaffte, der Staat "die Lebensbedürfnisse des Volkes" vertrat, seien die "Lebensinteressen des eigenen Volkes" heute "ohne jegliche Bedeutung". Abgerundet wird diese unumwundene NS-Apologie mit der Behauptung, die "Urgroßväter und Großväter" hätten im Zweiten Weltkrieg "für die Freiheit ihres Volkes" gekämpft. Und schließlich empört man sich auch noch darüber, dass der oberösterreichische Markt Haslach Adolf Hitler nun die Ehrenbürgerschaft aberkannt hat.

Anfragen betreffend neonazistischer Umtriebe der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) und des „Bundes Freier Jugend“ (BFJ)

4167/J XXII. GP

Eingelangt am 26.04.2006

Anfrage der Abgeordneten Oberhaidinger und GenossInnen an die Bundesministerin für Inneres betreffend neonazistische Umtriebe der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) und des „Bundes Freier Jugend“ (BFJ)

Der neonazistische „Bund Freier Jugend“ (BFJ) mit Sitz in Marchtrenk ist eine Jugendorganisation der ebenfalls neonazistischen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische

Politik“ (AFP). Im Vorjahr hat der angesehene Verfassungsrechtsexperte Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer ein Gutachten über AFP und BFJ erstellt, das u. a. von der öö. Landesregierung finanziert wurde. Mayers Ergebnis war eindeutig: "Die zitierten Äußerungen sind nur einige wenige Beispiele. Sie belegen, dass die von der AFP zu verantwortenden Publikationen massiv gegen die Bestimmungen des Verbotsgesetzes verstoßen. Offenkundige und verbrämte **Verherrlichung nationalsozialistischer Ideen** und Maßnahmen, **zynische Leugnung von nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen**, eine **hetzerische Sprache mit deutlich aggressivem Ton gegen Ausländer, Juden und "Volksfremde"** sowie eine Darstellung „des Deutschen“ als Opfer sind typische und stets wiederkehrende Signale.

Von besonderer Aggressivität sind die Beiträge im „**Jugendecho**“. Hier wird ständig „Kampfbereitschaft der nationalen Jugend“ eingefordert, NS-Biographien werden als Vorbild dargestellt, **Rassenhass wird propagiert**. „Jugendecho“ wird in der Erstausgabe als „Kampfschrift der nationalen Jugend in Österreich“ bezeichnet und vom „Bund Freier Jugend“ (BFJ) – einer unselbständigen Unterorganisation der AFP – gestaltet.“

2005 haben die Sicherheitsbehörden den "Tag der volkstreuern Jugend" und einige andere BFJ-Aktivitäten unterbunden. Ende Jänner 2006 hat der Unabhängige **Verwaltungssenat Oberösterreich eine Geldstrafe bestätigt**, die von der **Bezirkshauptmannschaft Wels-Land über den BFJ-Aktivisten Markus K. (26) wegen „Verbreitung von NS-Gedankengut“** verhängt wurde. Am 14. März 2006 wurde der Verfassungsschutz im Zuge von Hausdurchsuchungen bei mehreren BFJ-Aktivistern fündig.

Völlig unverständlicherweise wurde der heurige „Tag der volkstreuern Jugend“ am 18. März 2006 in Form einer **extrem rassistischen Demonstration** in Ried im Innkreis zugelassen. Mehr als 100 Neonazis – vor allem BFJ-Aktivistern mit ihren deutschen Gesinnungsgenossen – konnten geschützt von der Polizei durch die Stadt marschieren und dabei **übelste Hetzparolen verbreiten** (zum Beispiel "Ali, Mehmet, Mustafa – geht zurück nach Ankara!").

Der BFJ rühmt sich dieser Demonstration auf seiner Homepage www.b-f-j.de u. a. mit den Worten „Die Straße frei der volkstreuern Jugend“. Eine Formulierung, die sich nicht zufällig an das **Horst-Wessel-Lied** („Die Straße frei den braunen Bataillonen“) anlehnt. Bemerkenswert ist folgende Darstellung des BFJ auf seiner Homepage: „Zwischendurch muss angemerkt werden, dass die Polizisten immer wieder durchblicken ließen, dass auch sie für den nationalen Protestmarsch Verständnis hatten und die hochdisziplinierten jungen Demonstranten eindrucksvoll fanden ... Bei der Abschlusskundgebung wurde das erfreuliche Verhalten der Polizei lobend erwähnt.“

Vor mehr als einem Jahr hat die Sicherheitsdirektion Oberösterreich gegen die BFJ Aktivisten eine umfassend begründete **Anzeige wegen Wiederbetätigung** erstattet. Der Staatsanwaltschaft Wels liegt neben zahlreichen Beweisen auch das oben erwähnte Verfassungsrechtsgutachten von Univ.-Prof. DDr. Heinz Mayer vor. **Trotz der eindeutigen Beweislage, der Schwere der begangenen Delikte und ihrer laufenden Wiederholung ist von einer Anklageerhebung bisher nichts bekannt.**

Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem so genannten ANR-Erkenntnis aus dem Jahr 1985 Folgendes festgestellt: „Die kompromisslose Ablehnung des Nationalsozialismus ist ein grundlegendes Merkmal der wiedererstandenen Republik. Ausnahmslos jede Staatstätigkeit hat sich daran zu orientieren.“

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Inneres
Nachstehende Anfrage 2 von 3 4167/J XXII.

- 1. Warum wurde der „Tag der volkstreu en Jugend“ des neonazistischen „Bundes Freier Jugend“ (BFJ) nicht wie im Vorjahr unterbunden, sondern am 18. März 2006 in Form einer Demonstration in Ried im Innkreis trotz extrem rassistischer Hetzparolen zugelassen und polizeilich geschützt?**
- 2. Warum haben die zuständigen Sicherheitsbehörden bei dieser Gelegenheit die Bestimmungen des Verbotsgesetzes, den Verhetzungsp aragraphen (§ 283 StGB) sowie andere einschlägige Rechtsnormen nicht angewendet?**
- 3. Trifft es zu, dass die am 18. März 2006 im Zusammenhang mit der neonazistischen Demonstration Dienst habenden Polizisten „immer wieder durchblicken ließen, dass auch sie für den nationalen Protestmarsch Verständnis hatten und die hochdisziplinierten jungen Demonstranten eindrucksvoll fanden“? Wenn ja, welche dienstrechtlichen Konsequenzen wird dies nach sich ziehen?**
- 4. Entspricht Ihrer Beurteilung nach die Zulassung der neonazistischen Demonstration in Ried im Innkreis durch die Sicherheitsbehörden der Vorgabe der Verfassungsrechtsordnung, wonach sich „ausnahmslos jede Staatstätigkeit“ an der „kompromisslosen Ablehnung des Nationalsozialismus“ zu orientieren hat?**
- 5. Welche sicherheitsbehördlichen Maßnahmen werden künftig gegen die neonazistischen Umtriebe der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) und des „Bundes Freier Jugend“ (BFJ) getroffen? Ist gewährleistet, dass alles rechtlich Mögliche getan wird, um diese Umtriebe – insbesondere die „Politischen Akademien“ der AFP und die „Nationalen Gesprächskreise“ des BFJ – zu unterbinden?**

BFJ in den Medien

WWW.CHILLI.CC 27.07.2004

Rechtes Rüsten und neue Nationale



Der Bund freier Jugend (links das Logo) sorgt in OÖ für Aufregung; gegen die NDAB könnte es bald behördliche Schritte geben.





<< **Titelcover der BFJ-Zeitung „Jugend-Echo“:** Runen beim Sonnwendfeuer des BFJ (oben); Rodeo, Tanz und den braunen Sänger Rennicke (unten) verspricht das Pressefest von "Deutsche Stimme".

Die Szene formiert sich wieder

Runen beim Sonnwendfeuer des BFJ (oben); Rodeo, Tanz und den braunen Sänger Rennicke (unten) verspricht das Pressefest von "Deutsche Stimme"

Die Szene formiert sich wieder Bilder Titelblätter der BFJ-Zeitung „Jugend Echo“ „Wir sind nicht die letzten von gestern, sondern die ersten von morgen!“ Diese und ähnliche Kampfansagen gibt derzeit der Bund freier Jugend (BFJ) in regelmäßigen Abständen von sich. Solche Ansagen bleiben bei der äußerst rechten Gruppierung aus Marchtrenk in Oberösterreich keine leeren Worthülsen. Seit seiner Gründung Anfang 2003 sorgt der BFJ besonders in OÖ immer wieder für Aufregung.

Aktionen einer „volkstreu Jugend“

Die Aktivitäten der jungen Nationalisten reichen von groß angelegten Flugzettel-Aktionen in Oberösterreichischen Städten – so geschehen erst letzte Woche in Haid – über Lesungen und Vorträge bis hin zur Abhaltung von „Sonnwendfeiern“ und der Organisation von Demonstrationen. Laut Dokumentations-Archiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW) gilt der **BFJ als Jugend-Organisation der als rechtsextrem eingestuft** **Arbeitsgemeinschaft für Demokratische Politik (AFP)**. Deren Mitbegründer, Konrad Windisch, gilt auch für den BFJ als Chefideologe. Von den Jugendlichen wird er „der Alte“ genannt. Windisch, der 1996 nach dem NS-Verbotsgesetz zu einer einjährigen bedingten Haftstrafe verurteilt wurde, tritt bei BFJ-Veranstaltungen wie dem „Tag der Volkstreuen Jugend“ als Redner auf.

„Halten uns an fragwürdige Gesetze“

Michael Tischlinger, Leiter des Landesamtes für Verfassungs-Schutz, sieht seit der Gründung des BFJ vermehrt rechtstendenziöse Aktivitäten. Aber einschreiten könne man gegen die Gruppierung nicht, denn „die Flugblätter und Schriften des BFJ waren bisher nicht rechtsradikal und damit nicht strafbar“. Trotz äußerst rechtem Gedankengut in seiner Zeitung „Jugend Echo“ (siehe Bildgalerie) bleibt der BFJ zwar immer hart an der Grenze zur Illegalität, überschreitet diese jedoch nicht. **„Wir lassen uns nicht verbieten – dafür halten wir uns viel zu genau an eure fragwürdigen Gesetze.** Wir lassen uns nicht kriminalisieren“, so die Botschaft der Gruppe in einer Mitteilung.

Interpretierte Vergehen

Außerhalb Österreichs sind die jungen Nationalisten offensichtlich nicht so vorsichtig. So reisten einige Mitglieder des BFJ am 1. Mai dieses Jahres zu einer Neonazi-Kundgebung nach Berlin. **Ein DÖW-Mitarbeiter meint dazu: „In Österreich sind sie recht vorsichtig, aber in Deutschland laufen sie offen mit Neonazis herum“.** Doch die Exekutive hierzulande muss sich gedulden: „Wir warten auf den ersten Fehler, schriftlich oder mündlich“, meint Tischlinger in Richtung BFJ. Aber selbst bei einem Vergehen entscheidet nicht die Polizei über rechtliche Schritte. Denn die Exekutive liefert lediglich die Fakten, „interpretieren und bewerten muss diese dann die Staatsanwaltschaft“, so Tischlinger im Gespräch mit CHIlli.

Offensive auch aus Salzburg

Eine andere Organisation zeigt bei Berührungs-Punkten mit der Nazi-Szene weit weniger Skrupel. Und auch sie geht jetzt in die Offensive. Am 1. August stellt das Nationaldemokratische Aktionsbüro (NDAB) ihre neue „Heimseite“ ins „Weltnetz“, wie in nationalen Kreisen „Homepage“ und „Internet“ genannt werden. Der Kopf hinter dem

NDAB ist Robert Faller, der auch die rechte Internetplattform www.volksdemos.com betreibt. Faller ist in der rechten Szene kein Unbekannter. Im April 2002 war er Mitorganisator einer Kundgebung gegen die Ausstellung „Verbrechen der deutschen Wehrmacht“ am Heldenplatz. Weniger erfolgreich war Fallers Versuch, mit der „Kameradschaft Germania“ im Sommer 2002 eine Demonstration „gegen linke Gewalt“ zu organisieren. Die Kundgebung wurde von den Behörden untersagt und die „Germania“ ruhig gestellt.

Rechte „werden sich kalte Füße holen“

Mit dem NDAB tritt Faller nun wieder in Aktion. Die Organisation ist derzeit als Verein gemeldet, solle aber eines Tages eine Partei werden. Die Beobachter vom DÖW halten das für mehr als unwahrscheinlich. **„Früher oder später muss das NDAB verboten werden“.** Auch die Worte von Burghard Vouk, Leiter des Amtes für Terrorismus-Bekämpfung in Salzburg, lassen auf viel Gegenwind für das Aktionsbüro schließen. Zur Ankündigung des NDAB, bereits „Ende Juli“ in Salzburg gegen die EU zu demonstrieren, meinte Vouk, „die Herrschaften werden sich in Salzburg kalte Füße holen!“ Es werde sicherlich keine Veranstaltungen geben.

Treffen für Hess und der „Nationale Barde“

Diese Entschlossenheit von Seiten der Behörden ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die NDAB in rechten Kreisen gehörig an Wichtigkeit gewonnen hat. So ist die Organisation um Faller offensichtlich offizieller Ansprechpartner für die Veranstalter eines der größten Neonazi-Treffens. Die Gedenkfeier für Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess im bayrischen Wunsiedel zieht jährlich bis zu 3.000 Besucher an. Ebenfalls auf der Homepage beworben wird das **„Pressefest des Deutsche Stimme Verlages“.** **Zu dieser Veranstaltung pilgern laut DÖW jährlich an die 4.000 Rechtsextreme.** Mit dabei bei diesem Fest der Zeitung „Deutsche Stimme“ ist heuer auch wieder der „Nationale Barde“ (Selbstdarstellung) Frank Rennie. Dieser wurde in der Vergangenheit aufgrund seines „Heimatvertriebenen-Liedes“ (siehe Textauszug) wegen achtfacher Volksverhetzung verurteilt und gilt als prominenter Neonazi. Neben dem NDAB beschäftigt sich auch der BFJ mit Rennie. Anfang 2003 berichtete das Blatt „Jugend Echo“ über den Prozess gegen den Liedermacher. Rennie wurde dabei als „tiefgründiger Liedermacher“, der „politisch verfolgt“ werde, bezeichnet. Rennie sei „von einem ertrinkenden System, das noch panisch um sich schlägt, bevor es absäuft“ verurteilt worden. Die Exekutive muss weiter auf Fehler warten.

Textauszug „Heimatvertriebenenlied“ von Frank Rennie (Foto)



„(...) Und heute, über vierzig Jahre danach raubt man deutschen Menschen erneut ihren von Gott gegebenen Lebensraum.

Heut' vertreibt man nicht mit Gewalt, heute schickt man Millionen von Fremdvölkern in unser Land. Man zerstört unsere Umwelt, und sorgt für eine Veränderung unseres Volkes in Aussehen und Charakter.

Es gehen die Fremden in den Dörfern umher,
tun so, als wäre es unsere Heimat nicht mehr.
Wir stehen am Wege und lauschen dem Sang -
fremd klingt das Wort, fremd ist sein Klang.
(...)

Packt eure Snackbars und Kolchosen ein,
lasst uns wieder Deutsche in Deutschland sein!“

Akademische Burschenschaft Libertas

Die Burschenschaft Libertas, Mitgliedsbund der Deutschen Burschenschaften, hat dem Bund Freier Jugend den Carl von Hochenegg-Preis verliehen und damit rechtsextreme bzw. neonazistische Aktivitäten mit einem Geldpreis unterstützt! Auf der Website der Libertas http://libertas-wien.wir/carl_von_hochenegg-preis ist folgender Eintrag zu finden:

*Öffentlichkeitswirksame **Aktivitäten des Bundes Freier Jugend (BFJ)** insbesondere in Oberösterreich. Durch seine von der Bevölkerung stark wahrgenommene Kundgebungen und Veranstaltungen beanspruchte der BFJ in mutiger Weise ein Feld, das sonst quasi ausschließlich der Linken vorbehalten ist; der BFJ sieht sich für seine volkstreuere Aktivitäten stärkster staatlicher Repression ausgesetzt.*

Alte Herren der Libertas

▶ Peter Weiss

„Unter den pruegelnden RFSlern war auch Peter Weiss, Chef des Karolinger Verlages und Unirat an der Kunstuni Linz, anzutreffen, der einen Studenten attackierte. Die Oesterreichische HochschuelerInnenschaft der Uni Wien erstattete daraufhin Anzeige wegen Koerperverletzung gegen den Linzer Kunstuni-Rat Weiss und forderte Bildungsministerin Gehler in einem offenen Brief zur Stellungnahme auf. Was bis heute nicht geschehen ist...“
(Quelle: www.standard.at)

Video: <http://www.oeh.univie.ac.at/index.htm>

„Verleger des rechtsextremen Karolinger Verlags, wurde Unirat der Kunstuni Linz. Als Burschenschafter am 8. Mai 2003 der Kapitulation Hitlerdeutschlands gedachten, verprügelte Weiss einen Studenten, der die rechte Gedenkfeier fotografierte. Die Anzeige endete mit einem außergerichtlichen Tatausgleich.“
(Quelle: Falter 38/06)

▶ Hans Achatz

Landesrat a.D. in OÖ (FPÖ), Bevollmächtigter des Anti-Temelin. Volksbegehrens, war einer der **Anführer des Aufstandes innerhalb der FPÖ in Knittelfeld** (gemeinsam mit Stadler, Kabas und Strutz) gegen Riess-Passer und Co.

Die aB! Libertas (Wien), die den oberösterreichischen FPÖ-Obmann Hans Achatz zu ihren "Alten Herren" zählt, hat 1878 als erste österreichische Verbindung Juden die Mitgliedschaft verwehrt, und **bereits um 1890 fanden sich unter den aktiven Burschenschaffern in Österreich keine jüdischen Studenten** mehr. 1896 wurde diesen am Waidhofener Verbandstag auch das Recht auf "Genugtuung" im Duell abgesprochen.

» Reimer Timmel

Seit etlicher Zeit schon Obmann des Freiheitlichen Akademikerverbandes für Wien/NÖ und Bgld., **bekennender Horst Mahler-Fan**, war im Mölzer-Komitee für die EU-Wahlen, kandidierte 2005 für die FPÖ bei den LT- und GR-Wahlen..

» Walter Rosenkranz

Abgeordneter z. NR der FPÖ seit 2008, nennt **Dr. Julius Sylvester (B! Teutonia, Präsident des Abgeordnetenhauses, Salzburger Vzbgm., Antisemit)** als sein Vorbild.

Neues von ganz rechts - Dezember 1999

Freiheitlicher Antisemitismus und Rassismus

Der Freiheitliche Akademikerverband für Wien, Niederösterreich und Burgenland, in einer parlamentarischen Anfrage der FPÖ als deren "Vorfeldorganisation" bezeichnet, **lud den deutschen Rechtsextremisten Horst Mahler zu einem Vortrag nach Wien**. Am 23. November sprach Mahler zum Thema "Der Verrat Adolf Hitlers an der deutschen Linken. Der Verrat der Linken an Deutschland. Hat das deutsche Volk eine Zukunft?" Die Zuhörer, in der Mehrzahl deutschnationale Burschenschafter, wurden von Mahler als „liebe Landsleute“ angesprochen. **Dann gab er seiner Bewunderung Hitlers unverhohlenen Ausdruck: "Hitler hat die nationalrevolutionären und sozialrevolutionären Kräfte dieses Volkes aufgegriffen und gebündelt."** Jedoch habe der Führer den Fehler gemacht, die „Volksgemeinschaft“ durch die Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten zu spalten. Schließlich **wandte sich Mahler aktuellen Bedrohungen zu: den "Türken"**, welche sich anschickten, Deutschland „von innen her“ zu übernehmen, der "Umerziehung", die dafür verantwortlich sei, daß "unser Volk es nicht mehr wagt, sich der Auslöschung durch Überfremdung zu widersetzen", und dem **"jüdischen Volk", das der "Feind" der Deutschen** sei. (Die Presse, 25. 11. 1999) Auf dem Weg zur "Volksgemeinschaft" müssten sich **die "Deutschen", zu welchen Mahler und seine Zuhörer auch die ÖsterreicherInnen zählen**, von den "negativen jüdischen Prinzipien" wie dem „Mammonismus" befreien. Aber noch **herrschten "unsere Feinde" (gemeint sind die Juden und Jüdinnen)** „über unsere Gedanken". Mahlers Legitimation der antisemitischen Verfolgung fehlte auch in Wien nicht: „Den Juden wurde der Haß auf andere Völker auferlegt. Die anderen Völker haben diesen Haß nur erwidert." (profil 48, 29. 11. 1999) Bis dato liegt seitens des Freiheitlichen Akademikerverbandes (FAV) keine Distanzierung von den antisemitischen und rassistischen Ausfällen Mahlers vor. Ganz im Gegenteil: **FAV-Obmann Timmel stellte bereits im Vorfeld „Gemeinsamkeiten" mit Mahler "in der Sorge vor einer Überfremdung"** (Die Presse, 23. 11. 1999) heraus. Und im Anschluss an Mahlers Ausfälle, die mit **tosendem Applaus** quittiert worden waren, betonte Timmel, "daß wir uns mit wesentlichen Punkten des Vortrages identifizieren." (profil 48, 29. 11. 1999) Das DÖW übermittelte die dokumentierten Mahler-Aussagen der Staatsanwaltschaft Wien mit dem Ersuchen, diese auf einen eventuellen Verstoß gegen § 283 (2) StGB (Verhetzung) zu prüfen; gleiches gelte auch bezüglich einer Mitverantwortung der Veranstalter. **Von diesen wollte sich FPÖ-Generalsekretär Westenthaler gegenüber profil nicht distanzieren**, jedoch hätte die FPÖ eine derartige Veranstaltung „wahrscheinlich nicht gemacht". (profil 48, 29. 11. 1999) Wenn FAV und FPÖ jetzt bemüht sind, ihr Naheverhältnis herunterzuspielen, so erscheint dies angesichts personeller Überschneidungen - z. B. finden

sich unter den Autoren der vom FAV herausgegebenen Aula zahlreiche FPÖ-Politiker - sowie gemeinsamer Veranstaltungen als wenig glaubwürdig. Dr. Wolfgang Neugebauer betonte daher gegenüber der Presse: „Solange solche Vorträge im freiheitlichen Umfeld möglich sind, bleibt die jüngste Distanzierung Jörg Haiders vom Nationalsozialismus ein reines Lippenbekenntnis.“

Sonstiges

Von der Homepage der „Libertas“:

*Gesendet am 17. 01. 2008 an einige Tageszeitungen Österreichs
Betrifft: Aktuelle „Leseanleitungen“ zu 1938*

Jüngst wurde unter anderem im ORF ein Medienprojekt beworben, daß die Veröffentlichung von Original-Nachdrucken von Zeitungen des Jahres 1938 beabsichtigt. Ausdrücklich wurde dabei auf ergänzende „Leseanleitungen“ hingewiesen. Dieser unzulängliche Schritt zeugt von unerträglicher Verantwortungslosigkeit der Initiatoren und ist ungeeignet, der akuten Gefahr des wieder Erstarkens des Faschismus zu begegnen. Unerlässlich dafür sind vielmehr auch formelle Denkanleitungen; zur Vermeidung möglicher unerwünschter Nebenwirkungen ist auch die Beipackung von Denk-, Fehl Denk- und Aussprechverbotszetteln unverzichtbar. Ein solches Maßnahmenpaket wäre ein mutiges/überfälliges Zeichen einer couragierten/engagierten Zivilgesellschaft. Die notorische Verschlagenheit der üblichen Verdächtigen erfordert ferner die Absicherung durch Formalakt: In einer kurzen, feierlichen Zeremonie müssen die Kaufaspiranten von den TrafikantInnen auf Lektüre und Befolgung der Lese- und Denkanleitungen sowie auf Fehlmeinungsverbote vereidigt werden.

Die Durchführung ist selbstverständlich in die bewährten Hände des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes zu legen; die Verfolgung allfälliger Meinungsdelikte aufgrund dessen einschlägiger Erfahrung sowieso.

Wehret den Anfängen!

cand. iur. Konrad Weiß

Besorgter Bürger
Ehemaliger Bundesobmann des Rings Freiheitlicher Studenten (RFS)
Ehemaliger Mandatar der Bundesvertretung der ÖH
Mitglied der Wiener akademischen Burschenschaft Libertas